



Berlin, 24. Oktober 2023

Industriestrategie BMWK

Kurzfassung

Das BMWK legt am 24. Oktober eine neue Industriestrategie vor. Unter dem Titel **„Industriepolitik in der Zeitenwende: Industriestandort sichern, Wohlstand erneuern, Wirtschaftssicherheit stärken“** betont die Strategie die Bedeutung der Industrie für Deutschland, gibt eine umfassende und strategische Begründung der Industriepolitik der Bundesregierung in zentralen Handlungsfeldern und identifiziert zusätzliche Handlungsbedarfe. In herausfordernden und unsicheren Zeiten wird von der Politik zurecht verlangt, Orientierung zu geben und ihr Handeln zu begründen. Das ist der Zweck dieser Strategie.

1. Leitbild und Ziele

Die Strategie orientiert sich an einem klaren Leitbild: Wir wollen Deutschland als starken Industriestandort in seiner ganzen Vielfalt erhalten. Vom Weltkonzern über die mittelständischen Hidden Champions bis zum Kleinbetrieb. Von der energieintensiven Grundstoffindustrie über den Maschinen- und Fahrzeugbau bis zur Raumfahrt.

Denn die Industrie gerade in dieser Breite ist für Deutschlands Wohlstand und die Wohlstandsteilhabe von enormer Bedeutung. Wenn wir auch in Zukunft ein wirtschaftlich erfolgreiches Land sein wollen, müssen wir auf unserer größten Stärke aufbauen: unserer Fähigkeit, erstklassige Produkte zu entwickeln und herzustellen. Kurz: auf unsere Industrie.

Die Bedeutung der Industrie geht aber weit über das Ökonomische hinaus. Sie trägt entscheidend zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und auch zu ihrer demokratischen Stabilität bei. Die Industrie ist Teil der sozialen und kulturellen Identität unseres Landes; sie ist tief in Lebensformen und Arbeitsbiographien eingeschrieben. Die Sicherung des Industriestandorts ist damit auch ein unerlässlicher Beitrag zum Zusammenhalt in unserem Land.

Der Erhalt unseres Industriestandorts macht uns auch sicherer. Wenn wir Wertschöpfungsketten diversifizieren und gleichzeitig Wertschöpfung in Deutschland und Europa erhalten und neu aufbauen, macht uns das unabhängiger von Autokratien in

einer immer unsichereren Welt. Verantwortliches Handeln bedeutet daher, unsere Wirtschaftssicherheit zu stärken und damit auf der sicheren Seite zu sein.

2. Strategische Herausforderungen

Unsere Industrie ist weiterhin stark. Aber sie steht vor strategischen Herausforderungen:

Geopolitische Zeitenwende: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende, wie sie der Bundeskanzler gleich zu Kriegsbeginn auf den begrifflichen Punkt gebracht hat. Mit den anhaltend höheren Energiepreisen hat diese Zeitenwende bereits sehr handfeste Auswirkungen auf unsere Industrie. Doch sie sind nur der aktuellste Ausdruck einer tiefgreifenden Veränderung der internationalen geopolitischen und -ökonomischen Wirklichkeit. Die letzten drei Jahrzehnte waren bestimmt von einer marktdominierten, aber zugleich regelgeprägten Globalisierung. In den letzten Jahren sind jedoch geopolitische und geoökonomische Konflikte mit voller Wucht in die Wirtschaftspolitik zurückgekehrt. Handels-, Technologie- und Industriepolitik sind politische Instrumente in dieser Auseinandersetzung.

Vernachlässigte Standortfaktoren: Die Standortbedingungen haben sich verschlechtert, auch weil über lange Zeit notwendige Reformen und Investitionen ausgeblieben sind: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde vernachlässigt, die Infrastruktur nicht erneuert, gefährliche Abhängigkeiten wurden zementiert oder sogar neu geschaffen, die Bürokratie ist ausgeufert, der Fachkräftemangel wurde nicht entschieden angegangen.

Transformation hin zur Klimaneutralität: Die Klimakrise verpflichtet uns zu entschiedenem Handeln. Die Transformation zur Klimaneutralität und die damit verbundene Erneuerung unseres Wohlstandes bieten mittel- und langfristige Chancen, verursachen im Übergang aber auch große Anstrengungen und Kosten für die Industrie und ihre Beschäftigten.

3. Strategische Industriepolitik in der Zeitenwende

Die Sicherung des Industriestandorts verlangt einen klaren Kurs: Eine strategische Industriepolitik. Diese beschreibt diese Industriestrategie entlang folgender Ansätze:

Industriepolitik in der Zeitenwende ist notwendigerweise immer europäisch ausgerichtet. Die deutsche Industrie ist aufs engste im europäischen Binnenmarkt verflochten, zugleich setzen der Green Deal und die europäische Industriestrategie den strategischen Rahmen für unser nationales Handeln. Umgekehrt gilt auch: Der Erhalt des deutschen Industriestandorts ist ein wesentlicher Beitrag dazu, die industrielle Basis in Europa insgesamt zu sichern. Es wäre dabei sinnvoll, Industriepolitik stärker europäisch denken, um die Integrität des Binnenmarkts zu stärken. Aber solange dafür die finanziellen Voraussetzungen und Entscheidungsstrukturen nicht gegeben sind, ist es im europäischen Interesse, wenn die Mitgliedstaaten die notwendigen industriepolitischen Schritte aus eigener Kraft gehen.

Industriepolitik in der Zeitenwende bedeutet in erster Linie eine Stärkung der Standortbedingungen. Unternehmen können hier nur erfolgreich sein und im internationalen Wettbewerb bestehen, wenn sie Bedingungen vorfinden, unter denen sie

langfristig profitabel wirtschaften und auf die sie sich verlassen können. Deshalb verbessern wir mit transformativer Angebotspolitik die Bedingungen des Standorts für die gesamte Industrie – vom Weltkonzern über die mittelständischen Hidden Champions bis zum Kleinbetrieb. Die Bundesregierung hat hierzu bereits erhebliche Anstrengungen unternommen. Wichtige Schritte sind aber noch zu gehen – insbesondere bei der Energiewende, bei der Sicherstellung wettbewerbsfähiger Strompreise, bei der weiteren Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung sowie der konkreten Umsetzung der Fachkräfteeinwanderung. Die Verbesserung der Angebotsbedingungen muss den Schwerpunkt der zweiten Halbzeit der Bundesregierung bilden.

Industriepolitik in der Zeitenwende erfordert in vielen Fällen auch eine aktive Förderpolitik. Wirtschaftssicherheit ist eine neue Priorität unserer Industrie- und Wirtschaftspolitik. Dazu müssen wir auch strategische Ansiedlungspolitik betreiben. Zugleich gilt es angesichts erheblicher Subventionen für Transformationstechnologien in China und den USA unsere Industrie vor unfairem Wettbewerb schützen und ihr die Umstellung auf klimafreundliche Produktionstechnologien ermöglichen. Und wir müssen die Härten des Übergangs zu einem klimaneutralen Energiesystem glätten und Unternehmen, die hier dauerhaft wettbewerbsfähig produzieren können, eine Brücke bauen.

Nicht für alle Unternehmen greift jedes Instrument gleichermaßen, aber wir wollen die Breite und Tiefe der Wertschöpfungsketten auch künftig in Deutschland halten. Die Förderung von Industrieunternehmen, die oft jahrzehntelang hohe Gewinne eingefahren haben, ist dabei kein Selbstzweck: Sie muss gesellschaftlichen Zielen wie der Sicherung von guter Arbeit und Wohlstandsteilnahme, dem Klimaschutz oder der Wirtschaftssicherheit unseres Landes dienen. Dazu gilt: Mit den vielen oft großvolumigen Förderprogrammen hat die Bundesregierung gemeinsam wichtige Entscheidungen getroffen. Diese müssen aber langfristig durchgehalten werden, um volle Wirkung zu entfalten – und das ruft Finanzierungsfragen auf. Unsere Finanzverfassung ist in Zeiten entstanden, die noch von einer marktdominierten Globalisierung und von deutlich weniger geopolitischen Spannungen geprägt war. Wir müssen als Land diskutieren, wie diese Regeln spätestens in der nächsten Legislaturperiode an die neuen Realitäten angepasst werden können.

4. Handlungsfelder

Unsere strategische Industriepolitik übersetzt sich in drei Handlungsfelder, die von Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt bereits intensiv bearbeitet wurden:

Wir arbeiten mit Hochdruck an der **Verbesserung der Standortbedingungen**. In 21 Monaten haben wir Maßnahmen in einer ganzen Reihe von Bereichen ergriffen: Dazu gehören der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Stromnetze und der Wasserstoffindustrie und -infrastruktur und eine Erneuerungsoffensive für die Infrastruktur mit Schwerpunkt auf Schiene und Brücken und Straßensanierung. Die Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung insbesondere im Infrastrukturbereich ist in Arbeit. In den nächsten vier Jahren sind steuerliche Anreize für Investitionen und für die Entlastung von Wirtschaft und Industrie in einem Umfang von 50 Milliarden. Euro geplant. Die Fachkräftesicherung und -einwanderung durch

Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Stärkung von Aus- und Weiterbildung ist ebenfalls prioritäre Aufgabe, der sich die Regierung entschieden widmet

Wirtschaftssicherheit ist ein zentrales Ziel dieser Regierung. Deshalb reduzieren wir unsere Abhängigkeiten von Autokratien durch Diversifizierung, z.B. durch neue Handelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften. Zum anderen bauen wir neue, eigene Produktionskapazitäten in kritischen Bereichen auf: Dazu gehören v.a. Mikrochips und Transformationstechnologien. Genauso müssen wir in der Lage sein, relevante Anteile unseres Bedarfs und des Bedarfs unserer engsten Verbündeten an Rüstungsgütern selbst zu decken. Dafür wollen wir in auch Schritte zu einer verstärkten Kooperation im Sicherheits- und Verteidigungssektor und zur weiteren Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie in Angriff nehmen. Dies diene der Stärkung der strategischen Souveränität Europas.

Die klimaneutrale Erneuerung der deutschen Industrie ist eine große Chance, auch in Zukunft Weltmarktführer in Schlüsseltechnologien zu bleiben. Dafür haben wir mit dem ambitionierteren und ausgeweiteten Emissionshandel und dem neuen CO₂-Grenzausgleich CBAM einen klaren Rahmen auf europäischer Ebene vorangetrieben und durchgesetzt. In Deutschland ergänzen wir diesen durch ein umfassendes Dekarbonisierungspaket für die Industrie mit den Klimaschutzverträgen als zentralem Instrument.

Vieles ist also auf dem richtigen Weg und muss nun mit langem Atem umgesetzt werden. Die Herausforderungen sind über viele Jahre entstanden, auch ihre Bearbeitung braucht Zeit. Zugleich gibt es aber Handlungsbedarfe, die noch nachgeschärft werden müssen:

- Wir brauchen neben den Entlastungen von kleineren und mittleren Unternehmen durch den Wegfall der EEG-Umlage einen Brückenstrompreis für die energieintensive Industrie. Andernfalls drohen Produktionsrückgänge oder sogar die Abwanderung strukturell wettbewerbsfähiger Unternehmen aus Deutschland, insbesondere in den Grundstoffindustrien. Damit würden Ausgangspunkte von Wertschöpfungsketten zerstört, die sich durch ganz Europa ziehen. Dies nicht zuzulassen, ist nicht nur im deutschen, sondern im gesamteuropäischen wirtschaftlichen wie sicherheitspolitischen Interesse. Den Brückenstrompreis wollen wir um die Fortführung des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer ergänzen.
- Wir haben uns als Land mit zu viel Bürokratie und zu langsamen Genehmigungsverfahren selbst gefesselt. Hier sind erste Schritte erfolgt, aber es bleibt viel zu tun. Wichtig für den Industriestandort ist, dass auch für die Industrie selbst Genehmigungsprozesse erheblich beschleunigt werden. Bundesregierung und Länder werden unter Führung des Bundeskanzlers ein umfassendes Paket zur Verfahrensbeschleunigung vorlegen.
- Neben der gezielten Fachkräfteeinwanderung gilt es, inländische Potenziale auf dem Arbeitsmarkt besser zu heben. Gerade auf das Wissen, Können und die Erfahrung von älteren Menschen sollten wir nicht verzichten. Deshalb bedarf es gezielter Anreize, damit ältere Menschen freiwillig länger arbeiten wollen. Eine Maßnahme dafür wäre die Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags zur gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung nach Erreichen der Regelaltersgrenze direkt an die Arbeitnehmer.

Alternativ dazu wäre ein steuerlicher Freibetrag für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte oberhalb der Regelaltersgrenze denkbar. Als weiteren Schritt sollten gemeinsam mit den Sozialpartnern Lösungen für eine Flexibilisierung des fixen Beendigungszeitpunktes in Arbeitsverträgen bei Erreichen der Regelaltersgrenze gefunden werden.

- Schließlich müssen wir für die klimaneutrale Erneuerung unserer Industrie auch neue Technologien erschließen. Deutschland wird seine Klimaneutralitätsziele nur erreichen können, wenn es auch CCS/CCU nutzt. Die Nutzung von CCS ist dabei in erster Linie für die Bereiche notwendig, in denen es kaum oder keine technologischen Möglichkeiten der Einsparung gibt. Daher wird die Bundesregierung eine Carbon Management Strategie vorlegen, die die Anwendung von CCS und CCU ermöglichen und punktuell fördern wird. Dies bedeutet auch die entsprechenden Transport-Infrastrukturen in Deutschland zu errichten und gemeinsam mit den europäischen Partnern eine gemeinsame Speicherstrategie zu finden.